

Pressemitteilung

Hilden, 8. Juli 2010

Dieter Donner

Pressekoordinator der **Stopp Bayer- CO- Pipeline** Initiativen
Monheim, Hilden, Langenfeld, Erkrath, Ratingen, Solingen, Düsseldorf

Humboldtstraße 64
40723 Hilden
Telefon (02103) 65030
dietersdonner@arcor.de

**mehr als 110.000 fordern:
Keine Risiko-Leitung durch Wohngebiete in NRW**

Initiativen Stopp-Bayer-CO-Pipeline und Contra zum Koalitionsvertrag

Durch die Aufnahme der Bayer-CO- Pipeline in den Koalitionsvertrag besteht verbindlich die Pflicht der neuen Regierung, nun aktiv zu handeln. Das Zurückziehen auf weitere, ausstehende Gerichtsurteile wie bei der Vorgängerregierung hat sich mit der jüngsten NRW-Wahl erledigt und reicht nun nicht mehr. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Lassen wir die Eingangsfloskel, dass „Sorgen und Ängste nicht weiter ignoriert werden“ außer Acht, dann sind auch einige – zumindest für den SPD-Bündnispartner – neue Erkenntnisse zu verzeichnen. Immerhin sieht jetzt auch die SPD die „Verfassungsmäßigkeit des Rohrleitungsgesetzes in Frage gestellt“ und stimmt auch zu, dass „Zweifel an einem sicheren Betrieb der CO-Pipeline stetig verstärkt worden sind“. Dazu haben die Initiativen mit Ihren Stellungnahmen und Dokumentationen im Landtag und mit der Information der Öffentlichkeit beigetragen. Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass die neue Regierung nun bereit ist, frühere Fehler anzuerkennen und die Verfassungsmäßigkeit des Rohrleitungsgesetzes überprüfen wird.

Den Vermittlungs- und Dialogprozess mit Bayer zur Prüfung der CO-Produktion vor Ort in Uerdingen sehen wir als Ausstiegsweg. Die CO-Bereitstellung vor Ort ist längst Wirklichkeit. Dort gibt es ja seit mehr als 50 Jahren eine Koksvergasungsanlage, die Uerdingen zum größten Polycarbonatstandort der Welt wachsen ließ. Wenn jetzt beabsichtigt wird, die CO-Fertigung in Uerdingen auf kostengünstigere und zuverlässigere Reformer zu modernisieren, unterstützen wir das. Die neue Situation, wo in Dormagen keine Überkapazität bei CO zu befürchten ist, sondern sogar erheblich mehr CO benötigt wird, bietet auch neue Chancen für wahrhaftig „nachhaltige“ Entwicklungen an beiden Chemiestandorten. Die Aussage „auch die Arbeitsplatzsicherung an den Standorten hat für uns eine große Bedeutung“ kann deshalb nur bedeuten: Den Standort Uerdingen durch CO-Produktion vor Ort langfristig zu sichern.

Das Ignorieren der Sorgen und Ängste der Menschen war bei der Rüttgers - Regierung bis zum Ende dominierend. Die neue Regierung scheint zu erkennen, daß der Widerstand gegen das Projekt, nichtwahrnehmbares, hochgiftiges CO an Wohnbebauung vorbei transportieren zu wollen, der von allen politisch und für den Katastrophenschutz Zuständigen in der Region geteilt wird, berechtigt ist. Die unverantwortliche Bauausführung durch die Firma Bayer hat den parteiübergreifenden Widerstand in der Region gegen eine Inbetriebnahme der Leitung weiter gestärkt. In Zeiten von Partei- und Politikverdrossenheit ist der parteiübergreifende, an der Sache und nicht an Parteiinteressen orientierte hartnäckige Widerstand, der Politiker und Bürger der Region eint, ein positives Zeichen, das die neue Regierung aufzugreifen scheint.

Es gibt viel zu tun; wir sind bereit, es mit der neuen Landesregierung anzupacken. Dabei wird es vor allem Aufgabe der neuen Landesregierung sein, die bisher starre Haltung des Bayer-Konzern aufzubrechen. Aber auch da sind wir bereit, gemeinsam Positives für die Menschen in unserem Land zu bewirken.

Auszug aus dem Koalitionsvertrag – Langfassung (Seite 24f)

1219 CO-Pipeline

1220

1221 Wir wollen einen nachhaltig ausgerichteten Industrie- und Chemiestandort NRW. Mit Blick auf
1222 die umstrittene CO-Pipeline für den Transport von hochgiftigem Kohlenmonoxid von Dormagen
1223 nach Krefeld-Uerdingen halten wir fest:

1224

1225 Bei der CO-Pipeline dürfen Sorgen und Ängste der Menschen nicht weiter ignoriert werden.

1226 Auch die Arbeitsplatzsicherung an den Standorten hat für uns eine große Bedeutung. Die Be-
1227 schlüsse der Verwaltungsgerichte haben Sicherheitsmängel deutlich gemacht. Sie haben dar-
1228 über hinaus Abwägungsdefizite des Gesetzes bei der Gemeinwohlorientierung festgestellt. Da-
1229 mit ist die Verfassungsmäßigkeit des Rohrleitungsgesetzes in Frage gestellt (Gemeinwohlorien-
1230 tierung der Enteignung). Es wurde mit einer Vielzahl von Planungs- und Ausführungsfehlern
1231 sowie mit einer defizitären Kommunikationsstrategie dazu beigetragen, dass vorhandene Zweifel
1232 an einem sicheren Betrieb der CO-Pipeline stetig verstärkt worden sind.

1233

1234 Die Landesregierung muss bis Ende 2010 das Rohrleitungsgesetz evaluieren. In § 6 II des
1235 Rohrleitungsgesetzes heißt es dazu: "Die Landesregierung überprüft bis zum 31. Dezember
1236 2010 die Auswirkungen dieses Gesetzes und unterrichtet den Landtag". In diesem Zusammen
1237 hang wollen wir den bislang versäumten Versuch unternehmen, in Vermittlung zwischen Unter
1238 nehmen und Betroffenen einen Dialogprozess und eine umfassende Problemlösung auszuloten.
1239 Dabei soll auch ein Ausbau der Produktion von Kohlenmonoxid am Standort Uerdingen geprüft
1240 werden.